



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

II-- 1940 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Zl. 143.110/14-I/4/77

Wien, am 11. Feber 1977

An den
Präsidenten des Nationalrates
Herrn Anton B e n y a

Parlament
1017 W i e n

901/AB

1977-02-14

zu 912/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Feurstein, Ing. Gassner, Dr. Mock, Dr. Prader, Mag. Höchtl und Genossen haben am 22. Dezember 1976 unter der Nr. 912/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Ausscheiden von 23 Nachwuchskräften bei der Post- und Telegraphendirektion im Bundesland Vorarlberg gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1) Zu welchem Zeitpunkt wurde Ihnen bekannt, daß bei Dienststellen der Post- und Telegraphenverwaltung in Vorarlberg 23 Nachwuchskräfte zum 31.12.1976 aus dem Dienst ausgeschieden werden ?
- 2) Werden Sie sich bemühen, für die Nachwuchskräfte, die bei den Dienststellen der Post- und Telegraphenverwaltung in Vorarlberg aus dem Dienst ausgeschieden werden, Ersatzarbeitsplätze zu vermitteln ?
- 3) Wie läßt sich die oben angeführte Maßnahme mit den Ausführungen zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Regierungserklärung vereinbaren?
- 4) Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche einleiten?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

- 2 -

Zu Frage 1

Zum Zeitpunkt der Debatte des Nationalrates über den Entwurf für das Bundesfinanzgesetz 1977, Kapitel "Verkehr", die am 15. Dezember 1976 stattfand.

Zu Frage 2

Nach Auskunft der Arbeitsmarktverwaltung gegenüber der Post- und Telegraphenverwaltung standen mit Jahresbeginn 1977 in Vorarlberg ca. 200 Arbeitsplätze zur Verfügung. Das Landesarbeitsamt Bregenz hat sich mit den bei der Post ausgeschiedenen Kräften in Verbindung gesetzt.

Jeder der Betroffenen erhielt ein persönlich gehaltenes Schreiben mit der Einladung, die Dienste der Arbeitsmarktverwaltung bei ihrer Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Es kann angenommen werden, daß 16 ehemalige Bedienstete selbst einen geeigneten Arbeitsplatz gefunden haben, da sie auf das erwähnte Schreiben nicht reagierten. 5 Jugendliche nahmen Kontakt mit dem Arbeitsamt auf; 4 von ihnen beziehen Arbeitslosengeld; 1 Jugendlicher erfüllt die Anwartschaft nicht.

Ich darf festhalten, daß alle 5 Jugendlichen zur Zeit nicht bereit sind, die Arbeitsmarktverwaltung in Anspruch zu nehmen, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß die Gewerkschaft der Postbediensteten Bemühungen für eine Wiedereinstellung der Betroffenen unternimmt.

Zu Frage 3

Die österreichische Bundesregierung hat umfangreiche und - wie die Entwicklung bestätigt - erfolgreiche Maßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Sinne der Regierungserklärung gesetzt und ihr Versprechen, der Vollbeschäftigung den Vorrang vor allen anderen Gesichtspunkten einzuräumen, in eindrucksvoller Weise eingelöst.

- 3 -

Was das Dienstverhältnis der in Rede stehenden 23 Bediensteten betrifft, darf ich festhalten, daß dieses - von vornherein - befristet bis Jahresende 1976 eingegangen wurde.

Auch die Post- und Telegraphenverwaltung ist, so wie andere Betriebe mit starken Spitzenbelastungszeiten im Arbeitsanfall genötigt, dafür Aushilfspersonal aufzunehmen. In sozialen Härtefällen ist sie im Rahmen des Dienstpostenplanes bemüht, Arbeitskräfte zu halten. Im vorliegenden Fall wurden die Dienstverhältnisse von 2 Bediensteten, die Familienerhalter sind, bis März 1977 verlängert.

Zu Frage 4

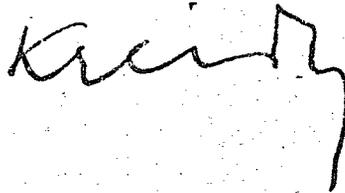
Nach Auffassung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ist bei der Unterbringung von Jugendlichen nicht mit Schwierigkeiten größeren Umfanges zu rechnen. Dennoch wurde ein Programm entwickelt, das laufend ausgebaut wird. Die wesentlichsten Gesichtspunkte dieses Programmes, das auch vom Geschäftsführenden Ausschuss des Beirates für Arbeitsmarktpolitik, in dem vor allem die Sozialpartner vertreten sind, einstimmig gebilligt wurde, ersuche ich, dem als Beilage angeschlossenen Maßnahmenkatalog zu entnehmen.

Für den Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung möchte ich ergänzend noch bemerken, daß auch im Jahr 1977 wieder über 300 Jugendliche als Fernmeldemonteur- und Kraftfahrzeugmechanikerlehrlinge Arbeitsplätze finden. Im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen werden im laufenden Jahr rund 400 Lehrlinge untergebracht werden.

Ende 1976 betrug der Lehrlingsstand bei der Post- und Telegraphenverwaltung 1057, bei den Österreichischen

- 4 -

Bundesbahnen 1536. Im Vergleich dazu betrug dieser Stand Ende 1970 bei der Post- und Telegraphenverwaltung 933, bei den Österreichischen Bundesbahnen 1245. Gegenwärtig werden Überlegungen angestellt, darüber hinaus weitere Möglichkeiten im Rahmen der Ausbildungskapazitäten bei Bahn und Post auszuschöpfen.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Kreutz', written in a cursive style.

BeilageMaßnahmenkatalog der Arbeitsmarktverwaltung zur Unter-
bringung neu ins Berufsleben Eintretender

1. Aufforderung an öffentliche und private Arbeitgeber, mehr Lehrstellen zu schaffen und sie auch frühest möglich zu melden, damit sie der Arbeitsmarktverwaltung und damit den Nachfragenden zur Verfügung stehen. Aufforderung an die Interessenvertreter, die Bemühungen der Arbeitsmarktverwaltung zu unterstützen.
2. Ausgestaltung und Anpassung der Berufsberatung entsprechend der neuen Situation und Motivierung der Jugendlichen und deren Eltern, auch weniger beliebte und bekannte oder bisher für das andere Geschlecht spezifische Lehrberufe zu erlernen.
3. Verstärkter Einsatz der Förderungsmaßnahmen im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes:

- zur Erlangung von Arbeits- oder Ausbildungsplätzen in Form von Ein-, Nachschulung und Berufsvorbereitung
 - zur Förderung der geographischen Mobilität durch Vergütung der Vorstellungs- und Bewerbungskosten
 - Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen bzw. Ausbildungsplätzen (Zuschuß zum Personal- und Sachaufwand) insbesondere für weibliche Jugendliche (siehe dazu Erlaß vom 9.7.1976, Zl.31.003/1-B/C/76).
4. Überbrückung von relativ kurzfristigen Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten (Ferialjobstellen, Praktikantenplätze u.ä.).
 5. Berufsvorbereitung durch Hilfe bei Berufsfindung.
 6. Schaffung von Voraussetzungen für verschiedene Maßnahmen zur Unterstützung der in Rede stehenden Bemühungen, z.B. Errichtung einer zentralen Stelle der Arbeitsmarktverwaltung für den innerösterreichischen Ausgleich von Kurs- und Ausbildungsstellen, Ausbau der Lehrwerkstätten und der Einrichtung der zwischen- und überbetrieblichen Lehrausbildung, Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich des öffentlichen Dienstes.
 7. Sonstige Vorkehrungen
 - Errichtung einer Arbeitsgruppe der Arbeitsmarktverwaltung, die sich ständig mit dem Problem der Unterbringung ins Berufsleben Eintretender befaßt
 - verstärkter Einsatz des Instrumentariums des zwischenbezirklichen und des erweiterten Ausgleichs
 - Erweiterung der Statistiken über den Arbeitsmarkt für Jugendliche inklusive des Lehrstellenmarktes zur Gewinnung eines besseren Überblicks
 - Mitarbeit an externen Projekten über Lehrstellenangebot und Nachfrage.